

Notizen

Die Frauenschule — eine nationalsozialistische Forderung

In einem umfangreichen Aufsatz mit der vorstehenden Überschrift in der Zeitschrift des NS-Lehrerbundes „Die Deutsche Höhere Schule“ (Januar 1930) sind beachtenswerte grundsätzliche Ausführungen über Mädchenbildung und Frauenschule als nationalsozialistische Forderung gemacht. Die Darlegungen sind nicht zuletzt deshalb beachtenswert, weil die dreijährige Frauenschule möglicherweise zum vorherrschenden Normaltyp der höheren Mädchenbildungsanstalt und speziell die Vorstufe zur Höheren Frauenbildung werden wird. Es heißt in dem Aufsatz u. a.:

„Wenn wir Nationalsozialisten uns vor Augen halten, daß, wie aus meinen vorangehenden Darlegungen zu folgern ist, erst der nationalsozialistische Staat zu recht eigentlich das Recht hat, die höhere Frauenschule ins Leben zu rufen, da wird uns klar, daß wir die unabänderliche Pflicht haben, in der neuen Frauenschule eine Schulform zu schaffen, die der Unbedingtheit nationalsozialistischer Erkenntnis in jeder Weise entspricht. Eine solche Schulform muß natürlich den uneingeschränkten Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können; denn sonst wäre ja diese Unbedingtheit angefaßt. Darum folgt also: Die Frauenschule muß die Form der Oberstufe der höheren Mädchenbildung (Schlechthin werden.“

Es wird die Forderung aufgestellt, daß die Erlangung der Reife nach dem Besuch der dreijährigen Frauenschule ohne Einschränkung als Vorbedingung für die weitere Ausbildung zu jedem dem Frauenberuf als ausreichend angesehen wird. Die Frauenschule müsse deshalb, wo sie ins Leben gerufen werde, schon heute die Form und Ausstattung erhalten, die ihrer Bildungsidee bis zum letzten Genüge leistet. „Sie muß in Bezug auf ihre Leistungshöhe und den daraus sich ergebenden Berechtigungen so gestellt sein, daß sie als die dem nationalsozialistischen Denken so recht eigentlich entsprechende Schulform zum Ruhm eines nationalsozialistischen Staatswillens mit den Schularten allen Stils erfolgreich wetteifern und ihnen ebenbürtig zur Seite treten kann.“

Spanien am Vorabend der Wahlen

Die Wahlen in Spanien, deren Ausgang entscheidend für die kommende Entwicklung des Landes sein wird, beginnen am heutigen Sonntag. Rechts und Links stehen sich in zwei feindlichen Fronten gegenüber. Die Mittelparteien werden keine Rolle spielen. Der Wahlsieg am 16. Februar bedeutet also den Entscheidungsschritt zwischen Reaktion und Revolution.

Die Rechte zieht mit einem mächtigen Propagandaapparat ins Feld. Die Linke agitiert offen mit dem Mittel der Gewaltanwendung. Ihre finanziellen Kräfte sind aber durch die vielen Streiks, Aufstände und Vermögensbeschlagnahmen bei den Gewerkschaften stark geschwächt. Trotzdem hat die Radikalisierung, besonders in einigen Provinzen, zugenommen. Dies dürfte auf die reichlich fließenden Geldquellen aus Moskau zurückzuführen sein.

Die spanischen Cortes setzen sich gegenwärtig aus 473 Abgeordneten zusammen. Die jetzt abgeschlossenen Wahllisten weisen 961 Kandidaten auf, von denen der größere Teil zu den Rechtsparteien, zur sogenannten antirevolutionären Front, zählt. Davon entfallen auf die katholische Volkspartei unter Alf. Rables 180 Kandidaten, auf die ausgesprochenen Monarchisten, d. h. auf die Traditionslisten und auf die Partei der Erneuerung Spaniens 59, auf die Agrarier 27, auf die rechtsradikalen 67, auf die katalanische Liga 20 und schließlich auf die konservativen Republikaner 18. Anhänger der jetzigen Regierung Portela Valadarez sind die Zentristen und Progressivsten mit 89 Kandidaten, von denen die meisten gleichfalls zur antirevolutionären Front zu zählen sind. Eine Gruppe für sich bilden die Faschisten unter Primo de Rivera mit 44 Kandidaten, ferner 80 Unabhängige verschiedener Schattierungen und 12 Baskische und Galizische Autonomisten. — Die Linksparteien stellen 180 Kandidaten, die marxistischen Revolutionäre 153 und die katalanische Linke 28 Kandidaten auf. — Die linken Parteien sprechen die Befürchtung aus, daß die Regierung am 16. Februar einen Druck auf die Wähler ausüben wird, der zu schweren Unruhen führen müßte. Die früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Ribarte und Pujeda erwidern deshalb, ob es nicht, um eine Niederlage zu vermeiden, klüger wäre, die Wahlen zu boykottieren. Martinez Carrion, Führer der linken republikanischen Union und früherer Ministerpräsident hat an den Regierungschef Valadarez ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm erklärt, daß die Agenten der Regierung auf die links gerichteten Wähler verheerend einen starken Druck ausüben, er fügt hinzu, daß unter diesen Umständen die Linke sich nicht ohne weiteres einem Sieg der Rechtsparteien fügen könne. — Immerhin rechnet die Linke mit einem Wahlsieg in Andalusien und Extremadura, scheitert aber in den übrigen Teilen Spaniens, namentlich im Norden, geringe Hoffnungen auf einen Erfolg zu hegen. — Die Stimmung in ganz Spanien ist sehr

erregt, und es wäre sicherlich zu ernstlichen Zusammenstößen gekommen, wenn die Uebergangsregierung Valadarez nicht ihre Hauptaufgabe in der Aufrechterhaltung der Ordnung und in einem reibungslosen Vollzug des Wahlaktes sehen würde. Polizei und Gendarmerie haben sich bisher musterhaft gehalten. Kleinere Unruhen hat es zwar gegeben, sie blieben aber immer örtlich beschränkt. Kommunisten und Sozialisten verübten Terrorakte; Menschenleben fielen zum Opfer, aber einschneidende Folgen haben diese blutigen Zwischenfälle für die Gesamtlage nicht gehabt. Die Gefahr liegt vielmehr in der Zukunft. Denn, sollte der Wahlsieg selbst ohne Erschütterungen verlaufen, so würden sich voraussichtlich weder die Linke noch die Rechte in eine Niederlage fügen, es dürften vielmehr erst dann ernste Schwierigkeiten zu erwarten sein. Die marxistische Front, die, wie ihr amtliches Organ „El Socialista“ erklärt, bolschewistisch orientiert ist und in enger Verbindung mit Moskau steht,

Kirchliche Trauung ohne Standesamt

Geistlicher zu Geldstrafe verurteilt.

Nach der Bestimmung des Aufgebots durch ein Sammelverbot hatte der Standesbeamte einen Brief mit der Mitteilung erhalten, der Bräutigam leide an erblichem Schwachsinn. Er stellte daher das Aufgebot zurück und forderte den Bräutigam auf, ihm das Gesundheitszeugnis des Arztes vorzubringen. Das Paar wandte sich daraufhin mit der Bitte um Trauung an den katholischen Geistlichen, der aber zunächst ablehnte. Als die Brautleute aber mit dem Hinweis, daß ein Kind zu erwarten sei, dringender wurden, gab er schließlich nach und nahm die Trauung vor. Er war daraufhin in erster Instanz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil es nach dem Personenstandsrecht den Geistlichen untersagt sei, die kirchliche Trauung ohne Nachweises vorzunehmen, daß die bürgerliche Eheschließung vorher erfolgt sei. Für das Urteil war ausschlaggebend, daß der Geistliche erklärt hatte, er

Aufruf zur Sammlung unberühmter Soldatenbriefe aus dem Weltkrieg

Als Ergänzung der Kriegsbriefe gefallener Studenten ist die Herausgabe eines Werkes in Angriff genommen worden, das bisher unberühmte Soldatenbriefe aus dem Weltkrieg aus allen Schichten der Bevölkerung enthalten soll. Um möglichst alle vorhandenen wertvollen Briefe zu erfassen, ist die Mitarbeit aller Volksgenossen erforderlich. Aus diesem Grunde wendet sich die Nationalsozialistische Kriegsgesamtsorganisation mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit:

„Die Wiederherstellung der deutschen Ehre durch Schaffung des neuen Volksheroes läßt es mehr denn je erheben erscheinen, die in den vergangenen Jahren verstreuten Werke Soldatenscher Traktaten aus dem Großen Kriege vor dem Untergang zu bewahren. Nicht literarische Kunst der Feder, sondern die schlichte Handschrift des Kämpfers echte Gefühle und Erlebnisse sollen uns das wertvollste sein. Auch herrschaftlicher Summor, ferner laichliche Tatberichte sind uns willkommen. Anecdote deutscher Soldaten, insbesondere unserer Gefallenen! Ihr Leid aufzulesen, euren Feldern ein Denkmal zu setzen, Eindringlinge unter Kennwort: „Der Soldat — Deutsche Kriegsgesinnung.“ Zunächst in Abschrift. Rücksendung ist infolge der zu erwartenden großen Zahl der Einsendungen nicht möglich. Im Falle der Annahme eines Briefes behalten wir uns den Vergleich mit dem Original vor.“

Anschrift der Sendungen an die Nationalsozialistische Kriegsgesamtsorganisation e. V., Reichsbücherei, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48, Abteilung Propaganda.“

149 Todesopfer eines Riesenbrandes bei Tientsin

Peiping, 15. Februar. In Tientsin brach in einem Kollager, das für die ärmsten Bevölkerungsschichten errichtet worden war, ein Brand aus. Durch den Brand angefaßt, griff das Feuer in kürzester Zeit auf die gesamten Einrichtungen des Lagers über und legte sie in Asche. 149 Personen sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Sie konnten nur als verkohlte Leichen aus den Trümmern geborgen werden.

Das Verbot der Action Francaise

Zahlreiche Zwischenfälle.

Paris, 15. Februar. Zahlreiche Zwischenfälle haben sich im Laufe des Freitag in verschiedenen Stadtvierteln von Paris ereignet.

Am frühen Morgen näherte sich ein junger Mann, der das Abzeichen der Action Francaise am Rock trug, einem Verkehrspolizisten, beleidigte ihn schärflich und erwiderte dann die Faust. Er wurde aber in dem Augenblick verhaftet, als er in das Haus seiner Eltern flüchten wollte. Bei seiner Verhaftung rief er mehrmals: „Vive le roi!“

In einem anderen Stadtteil mußten von den Mauten zahlreiche Anschläge entlarvt werden, die von Anhängern der Action Francaise angebracht worden waren mit Symbole und Emblemen für den König.

Am Radamission entwickelte sich an dem Pariser Bahnhof St. Lazare eine Schlägerei zwischen etwa 10 jungen Anhängern

würde alle Mittel anwenden, um eine ausgesprochen katholisch und zum Teil monarchische Regierung, wenn nicht anders, so durch Gewalt zu stürzen. Diese Trohung darf schon deshalb nicht zu leicht genommen werden, da es ganz den Anschein hat, als ob die Roten seit ihrer Niederlage in Spanien ihre Kräfte wieder voll gesammelt hätten. Der Führer der Volkfront, G. I. Robles, und sein Anhang haben auch die Person des Staatspräsidenten Nicols Zamora angegriffen, so daß auch seine Autorität durch den Ausgang der Wahlen berührt wird. Eine maßgebende Rolle wird in den kommenden Cortes nur in geringem Anmaße vorhanden sein, auch haben sich die Verhältnisse in Spanien derart zugespitzt, daß für Mittelparteien kaum Platz sein wird. Die Parole lautet: Rechts, oder Links und zwischen diesen beiden Gegenpolen muß sich das Schicksal Spaniens entscheiden, ob das reibungslos gelingen wird, steht unter Zweifel.

lehne das Erbgesundheitsgesetz ab, weil auch seine Kirche es ablehne. Jetzt wurde die Angelegenheit in der Berufungsinstanz verhandelt. Dabei erklärte der Richter, er sei in dem Glauben gewesen, er dürfe die Einsegnung vornehmen. Nach dem Kirchenrat, das zwischen dem Vatikan und dem Reich abgeschlossen sei, könne die Einsegnung einer Ehe ohne vorangehende standesamtliche Eheschließung vorgenommen werden, wenn sich einer der Verlobten in Lebensgefahr befinde und wenn ein sittlicher Notfall vorliege. Das zweite sei hier der Fall gewesen. Das Gericht machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Geistliche nach dem Kirchenrat die Genehmigung seiner vorgesetzten bischöflichen Behörde hätte einholen müssen. Das Urteil lautet auf eine Geldstrafe von 200 RM. In der Begründung wurde ausgeführt, das Gericht habe die gleichen Feststellungen wie das erste Gericht getroffen. Der Geistliche habe zum Ausdruck bringen wollen, daß er mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden sei. Der Strafzweck könne aber auch durch eine Geldstrafe erreicht werden.

der Action Francaise und Bahnpostbeamten. Einer der Action Francaise-Leute wurde verhaftet, er wird wegen verbotenen Waffentragens bestraft werden.

Schließlich kam es auch im lateinischen Viertel zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Student der Action Francaise einen politischen Gegner durch Stockschläge auf den Kopf verletzte.

Großfeuer in einer Zuckerrabrik in Anhalt

Halle a. d. S., 15. Februar. In der Nacht zum Freitag wütete in der Zuckerrabrik Wendorf (Kreis Dessau-Roßlau) ein Großfeuer. Die Arbeiter blieben bis zum Morgen im Freien, die Fabrik die eine der ältesten in Anhalt ist, aber in den letzten Jahren vollständig erneuert worden war, ist nur die Schmelz- und Zentrifugenanlage, der Kesselraum und ein Wohnhaus erhalten geblieben. Der Schaden wird auf fast eine Million RM. beziffert. 25000 Zentner Rohzucker wurden von den Flammen vernichtet.

Raubüberfall im Schnellzug Warschau-Prag

Prag, 15. Februar. Im Schnellzug Warschau — Prag wurde am Donnerstag ein schwerer Raubüberfall verübt. In einem Abteil erster Klasse wurde der in Polen lebende aus Ungarn stammende Vorkämpfer der Bewegung nach Annahme eines Bestäubungsmittels bestraft. Dem unbekannten Täter fielen Wertpapiere im Gesamtwert von etwa 7 Millionen Kronen in die Hände. Der Räuber kann allerdings mit den Wertpapieren nicht viel anfangen, da der Ueberfall ein Hammerwerkzeugnis der Papiere hat, das sofort an alle Banken weitergegeben wurde.

Ras Deka meldet zahlreiche Ueberläufer der Eritreatruppen

Addis Abeba, 15. Febr. Nach den hier eingegangenen Berichten von Ras Deka haben die Italiener Erhebungsarbeiten nördlich von Neghelli gemacht. Auch in westlicher Richtung sollen solche Erhebungsarbeiten erfolgt sein. Es ist aber nirgends zu Kampfhandlungen gekommen. In dem Bericht von Ras Deka wird weiter mitgeteilt, daß 650 Soldaten der Eritreatruppen, die vor einigen Tagen in Mogadisch gelandet worden sind, mit sämtlichem Gepäck, Waffen und Fahrzeugen aller Art sich in seinem Hauptquartier gemeldet hätten. Der Führer der Ueberläufer habe mitgeteilt, daß insgesamt etwa 1000 Mann gutausgestatteter Truppen die italienische Front verlassen hätten. Man vermutet, daß die noch fehlenden Ueberläufer entweder eine falsche Straße eingeschlagen haben oder von den Italienern wieder abgefangen worden sind.

Die Italiener sehen ihre Bombenangriffe auf die vertriebenen Ortschaften an der Nordfront weiter fort. Die Allieger beschließen die Orte außerdem ständig mit Maschinengewehren. Trotz des schlechten Wetters haben die italienischen Allieger Tomarosa und Trella Delle überfallen. Sie haben jedoch keine Bomben abgeworfen. Die Regenfälle halten an. Die Verschaffenheit der Verkehrswegs wird immer schwieriger.

Vaterländische Goldopfer italienischer Geistlicher

Bei den Erinnerungsfeiern anläßlich der siebenten Wiedergeburt der Vaterlandskrieg haben verschiedene hohe italienische Geistliche der Bedeutung des Tages sinnfälligen Ausdruck geben wollen. In Veranlassung mehrerer Bischofe besaß sich der Kardinal-Erzbischof von Neapel an das Denkmal der Gefallenen der faschistischen Revolution, um dort seinen eigenen Goldkruzifix im Gesamtwert von fast einem Pfund niederzulegen. Zwei Bischöfe und andere hohe Geistliche, die ihn begleiteten, brachten eine Spende von 375 Gramm Gold. Die übrigen Geistlichen spendete fast ein Kilo Gold. Der Bischof von Procia überbrachte mit einer kurzen Ansprache dem brüderlichen Parteiführer ein wertvolles Goldkruzifix.

Schwere Unwetter über Amerika

New York, 15. Febr. Erneute schwere Schneestürme und Angeleren legten in den Oststaaten Amerikas in verschiedenen Gegenden jeden Verkehr lahm und verursachten mehrere Verkehrsunfälle. Allein in New York kamen dabei 3 Personen ums Leben, während über 50 verletzt wurden. Die Küstenwache mußte mehrere Fischerboote zu Hilfe eilen, die an der Atlantikküste infolge des schweren Eises in Seenot waren.

In Nord- und Süd-Dakota sowie in Minnesota und in einigen anderen Nordstaaten hält die Kälteperiode unvermindert an. Die Zahl der Toten ist in den letzten Tagen erheblich gestiegen. Zahlreiche Ortschaften sind durch Schneeverwehungen bereits seit 2 Wochen von der Außenwelt abgeschnitten.

Schwere Wolkbrüche richteten in Kalifornien erheblichen Schaden an, während verschiedene Südstaaten aus erneuten heftigen Sandstürmen heimgesucht wurden. Auch hier war großer Schaden angerichtet.

Wegen Ueberschreitung des Zuchtungsrechts verurteilt

Geistlicher vor dem Frankfurter Schöffengericht

Frankfurt, 15. Febr.

Vor dem Schöffengericht Frankfurt stand dieser Tage ein katholischer Pfarrer aus Sindlingen unter der Anklage der Ueberschreitung des Zuchtungsrechts. Als im Mai vorigen Jahres die Reichsautobahn Frankfurt-Darmstadt eingeweiht wurde, nahmen an der Spalierbildung in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs auch Schüler aus Sindlingen teil. Als die Kinder an einem der nächsten Wochentage zum katholischen Religionsunterricht in die Schule kamen, erkundigte sich der Pfarrer über die Unterrieht erteilende Pfarrer, wer von den Jungen es handelte sich um Jungen im Alter von elf bis vierzehn Jahren — am Sonntag nicht in der Kirche gewesen sei. Zwei Schüler erhoben sich und bekundeten, sie hätten „Dienst“ gehabt, womit die Beteiligung an den Einweihungsfeierlichkeiten gemeint war. Ein anderer Schüler drehte sich um und äußerte, er sei in der Kirche gewesen und habe doch Dienst getan. Der Pfarrer fragte, wann Kirche gewesen sei und erhielt von dem einen Knaben die Antwort: „Am halb neun.“ Darauf erwiderte der Pfarrer: „Ich will dir sagen, wann die Kirche ist — um sieben.“ Nach den Feststellungen des Gerichts sagte er weiter: „Erst kommt die Kirche, und dann kannst du machen, was du willst.“ Die beiden Jungen erhielten von dem Pfarrer je zwei Wochen Körperverletzung zur Folge.

Das Gericht verurteilte den Pfarrer wegen Körperverletzung zu dreißig Mark Geldstrafe. Es erklärte, es habe nicht feststellen können, daß der Pfarrer bei den Chr-

feigen aus einer gegen das Jungvolk gerichteten Einstellung heraus gehandelt habe, und es habe sich dem Anzeigenden nicht widersetzen lassen, daß er geäußert habe, die Jungen hätten ihm über den Nichtbesuch der Kirche die Unmahrheit gesagt. Eine gewisse, aber nicht sehr erhebliche Einstellung des Anzeigenden lasse sich aus einer von ihm seinerzeit gemachten Zeugnis herauslesen, wonach er einem Jungen einmal den Vorhalt gemacht habe: „Deine Uniform verhält Du nicht, aber Deinen Rosenkranz verhält Du.“ Ohne nähere Prüfung hätte der Angeklagte jedoch nicht schloßen dürfen, er habe das Zuchtungsrecht fahrlässig überschritten.

Die Provinzialkirchenauschüsse für die Rheinprovinz und Westfalen

Berlin, 15. Februar. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, K e r l, hat nunmehr auch für die Rheinprovinz und für die Provinz Westfalen Provinzialkirchenauschüsse gebildet.

In den rheinischen Provinzialkirchenauschuss wurden berufen: Warner i. d. Dr. Beckmann, Düsseldorf; Superintendent Kapbach, Langenfeld; Superintendent i. d. R., Müller, Biersdorf; Superintendent Dr. Schmidt, Oberhausen. Der westfälische Provinzialkirchenauschuss besteht ebenfalls aus vier Mitgliedern, nämlich: Pfarrer Trebb, Münster; Kirchenmeister Kistler, Bielefeld; Superintendent Riemann, Herford; Oberarzt Dr. med. W. Gern, Bielefeld.

Damit sind die Provinzialkirchenauschüsse für das Gebiet der evangelischen Kirche der Altprovinzialen Union vollständig, da die Provinzialkirchenauschüsse für die übrigen Provinzen der Altprovinzialen Union seit Dezember 1926 bereits in Tätigkeit sind.